



## Geschäftsführung Jugendhilfeausschuss

Herr Römer / Frau Lohmann

Telefon: (0221) 221-24954

Fax: (0221) 221-28650

E-Mail: christopher.roemer@stadt-koeln.de  
petra.lohmann@stadt-koeln.de

Datum: 29.07.2016

### Niederschrift

über die **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am  
Dienstag, dem 21.06.2016, 15:30 Uhr bis 17:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau,  
Ratssaal (**öffentlicher Teil**)

### Anwesend waren:

#### Vorsitzender

Bürgermeister Dr. Heinen, Ralf SPD-Fraktion

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Pöttgen, Andreas	SPD-Fraktion
Schultes, Monika	SPD-Fraktion
Dr. Schlieben, Nils Helge	CDU-Fraktion
Klausing, Christoph	CDU-Fraktion
Jahn, Kirsten	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Laufenberg, Sylvia	FDP-Fraktion
Blum-Maurice, Renate	Dt. Kinderschutzbund Ortsverband Köln e.V. für Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.
Krücker, Peter	Caritasverband Köln e.V.
Volland-Dörmann, Ulrike	AWO Kreisverband Köln e.V.
Weigel, Ludwig	SJD - Die Falken Kreisverband Köln
Schwanitz, Hans	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (in Vertretung für Frau Rabenstein)
Dr. Butterwegge, Carolin	Fraktion Die Linke.(in Vertretung für Frau Parnow)
Dompke, Tobias	Sportjugend Köln (in Vertretung für Frau Kupferer)

#### Stellvertretend stimmberechtigte Mitglieder

Schmerbach, Cornelia	SPD-Fraktion
Bröhl, Monika	CDU-Fraktion
Michalak, Andreas	FDP-Fraktion

Blümel, Helga Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes

**Pflichtmitglieder mit beratender Stimme nach § 5 AG-KJHG, Art.2 KiBiz-Änderungsgesetz sowie der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln**

Dr. Arnold, Juliane Evangelischer Kirchenverband Köln und Region  
Dr. Eulgem, Andrea Gesundheitsamt der Stadt Köln (in Vertretung für Frau Dr. Bunte)  
Gümüs, Attila Jugendamtselternbeirat Köln  
Spitzley, Georg Katholisches Stadtdekanat Köln  
Pfarrer Völker, Werner Evangelischer Kirchenverband Köln und Region

**Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner nach §§ 22 -23 b der Hauptsatzung**

Passavanti, Juliane entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik  
Haas, Thomas entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

**Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner mit beratender Stimme (Fraktionen)**

Blümcke, Waltraud SPD-Fraktion  
Müller, Ulrich SPD-Fraktion  
Quilling, Marie-Luise SPD-Fraktion  
Bauer, Hans-Josef CDU-Fraktion  
Preuss, Kerstin CDU-Fraktion  
Richrath, Simon CDU-Fraktion (in Vertretung für Frau Topp-Burghardt)  
Wöhler, Carmen Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen  
Dr. Butterwegge, Carolin Fraktion Die Linke. (siehe auch stellvertretend stimmberechtigte Mitglieder)  
Pannes, Oswald Fraktion Die Linke.

**Vertreterinnen und Vertreter in Köln anerkannter, freier Jugendhilfeträger mit beratender Stimme**

Bergmann, Ulrich Der Paritätische Köln e.V.  
Böll, Mechthild Wir für Pänz e.V.  
Dopke, Theresia Kellerladen - Initiative für gemeinsame Arbeit e. V.  
Schmerbach, Cornelia Arbeitskreis für das ausländische Kind - AAK e. V. (siehe auch stellvertr. stimmberechtigte Mitglieder)  
Dr. Hambüchen, Thomas Drogenhilfe Köln gGmbH  
Horstkemper-Schürmann, H. Perspektive Bildung e.V.  
Horstkotte-Löffelholz, Christoph Kölner Spielewerkstatt e.V.  
Koerber, Sebastian Rhein Flanke gGmbH

Kura, Jürgen	Väter in Köln e.V.
Peters, Markus	SKM e.V. Köln
Ruchmann, Jörn	Evangelischer Kirchenverband Köln – Jugendpfarramt
Ruda, Marc	DRK-Kreisverband Köln Jugendrotkreuz
Sander-Marx, Sabine	Ev. FBS Köln
Saxler, Hans-Josef	Soziales Zentrum Lino- Club e.V.
Schäfer-Remmele, Uwe	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Steinberg, Claudia	Arbeitskreis für das ausländische Kind - AAK e. V.
van Dawen-Agreiter, Sarah M.	Kölner Jugendring e.V.
van Ooyen, Johannes	ConAction e. V.(in Vertretung für Frau Sarisaltik-Aydin – Coach e.V.)
Walter, Regine	Progressiver Eltern- und Erziehverband e.V.
Welter, Sabine	Kölner Jugendring e.V.

### **Verwaltung**

Beigeordnete Dr. Klein, Agnes	Dezernentin
Krause, Carolin	Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlten**

Rabenstein, Svenja	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Becher, Uta	Bundesagentur für Arbeit (in Vertr. für Frau Reichler)
Topp-Burghardt, Daniela	CDU-Fraktion
Gross, Almut	Jugendhilfe Köln e. V.
Mahr, Frauke	LOBBY für Mädchen - Mädchenhaus Köln e. V.

Ausschussvorsitzender **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** eröffnet die reguläre Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt alle Ausschussmitglieder. Er weist auf die Notwendigkeit hin, dass sich die Anwesenden für diese Sitzung erneut in die Anwesenheitsliste eintragen müssen. Außerdem begrüßt er die Presse sowie die Besucher auf der Zuschauertribüne, unter denen sich auch Studierende der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Fachhochschule Köln befinden.

Mit dem vorgegebenen Text verpflichtet er Herrn Tobias Dompke (Sportjugend Köln e.V.) und Herrn Hans Schwanitz (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen).

**Herr Bürgermeister Dr. Heinen** macht auf den ausliegenden Jahresbericht 2015 der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung der Stadt Köln (TOP 8.5.5) aufmerksam und gibt folgende Hinweise zu den anstehenden Vorlagen:

- TOP 8.2.1 (Neue Familienzentren im Kindergartenjahr 2016/17; 1097/2016) wurde falsch zugeordnet und ist unter TOP 2.3.6 zu behandeln.
- Herr Krücker bittet, TOP 4.2 (Änderung der Satzung über die Elternbeiträge zur Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen zum 01. August 2016; 1661/2016) vorzuziehen. Nach Rücksprache mit der Verwaltung wird vereinbart, TOP 4.2 unmittelbar vor TOP 2 zu behandeln.
- Die Anfrage der FDP-Fraktion (Anpassung der Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen und OGTS; 2099/2016) vom 10.06.2016 unter TOP 6.2.1 wurde nicht umgedruckt; die entsprechenden Antworten können jedoch dem Beantwortungstext entnommen werden.
- Der Jugendhilfeausschuss ist gezielt zweimal in die Beratungsfolge der Beschlussvorlage 2877/2015 (Weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung; hier unter TOP 2.3.2) aufgenommen worden, um die Erörterungen in den Bezirksvertretungen „einzurahmen. Das erste Mal hat der Jugendhilfeausschuss die Vorlage erörtert. Jetzt soll der Ausschuss mit Wissen um die Beratungsergebnisse der Bezirksvertretungen einen Beschluss fassen. Die entsprechenden Umdrucke der Vorlage wurden den Mitgliedern bereits zur Sitzung 08.03.2016 zugestellt worden. Die Vorberatungsergebnisse der Bezirksvertretungen 4, 6 und 8 zu TOP 2.3.2 sind erst im Nachgang umgedruckt worden und versehentlich als „zu TOP 2.3.1“ gehörend gekennzeichnet worden.
- Die Beschlussvorlage unter TOP 2.3.3 resultiert aus einer Vorlage des Rechnungsprüfungsausschusses, der in den JHA als Fachausschuss weitergegeben worden sei.

Die Beratungsergebnisse der vorberatenden Gremien wurden ausgeteilt zu:

- TOP 2.1.1 (0677/2016)
- TOP 2.1.2 (1242/2016)
- TOP 2.1.3 (1270/2016)
- TOP 2.2.1 (1266/2016)
- TOP 2.3.2 (2877/2016)
- TOP 2.3.3 (1057/2016)
- TOP 4.1 (0990/2016)
- TOP 4.2 (1661/2016)
- TOP 9.3.2 (3812/2016).

Unter Anderem aufgrund von Bearbeitungsrückständen in der zentralen Druckerei wurden folgende Vorlagen als Tischvorlage ausgeteilt:

- TOP 2.3.5 (1696/2016)
- TOP zu 6.2.1 (2099/2016)
- TOP zu 6.2.2 (2164/2016)
- TOP 8.5.5 (1970/2016)
- TOP 8.5.6 (2100/2016)
- TOP 9.3.1 (1502/2016)
- TOP 9.3.2 (3812/2015)
- Unterlagen einer Bürgereingabe zu TOP 4.2 (1661/2016)
- Ein Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Bezirksvertretung Nippes bzgl. der Vorberatung zu TOP 2.3.2 (2877/2016).

**Herr Bürgermeister Dr. Heinen** stellt fest, dass es sich hierbei um eine große Menge an Tischvorlagen handelt. Er bittet darum, zukünftig die Unterlagen früher zu verschieken, damit nur eine kleine Anzahl an Ergänzungen vorliegt.

Zur ursprünglich versandten Einladung bittet **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** die Punkte 2.3.5, 3.1, 4.2, 4.3, 4.4, zu 6.1.2, 6.1.3, 6.2.1, zu 6.2.1, 6.2.2, zu 6.2.2, 6.2.3, 6.2.4, 7.1.3, 8.1.1, 8.2.2, 8.4.3, 8.5.5, 8.5.6, 9.3.1 und 9.3.2 auf die heutige Tagesordnung aufzunehmen.

**Frau Jahn** meldet weiteren Beratungsbedarf bezüglich TOP 2.1.2 (Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Tree House Swans gGmbH"; 1242/2016), TOP 3.1.2 (Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Kita Pfiffikus gGmbH"; 1270/2016) sowie TOP 4.5 (Einrichtung einer Jugendeinrichtung im Clouth-Quartier in Köln-Nippes) an.

**Frau Beigeordnete Dr. Klein** erklärt, dass bei der Anerkennung der Tree House Swans gGmbH die Diskussion bekannt sei. Weitere Beratungen und eine damit einhergehende Verzögerung der Anerkennung des Trägers führten möglicherweise zu einem zeitlichen Verzug der Inbetriebnahme der Kindertagesstätte. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass die Verwaltung eine zeitliche Verschiebung dieser Angelegenheit nicht begrüßen würde.

Frau Beigeordnete Dr. Klein äußert Verständnis für den weiteren Beratungsbedarf bezüglich des Clouth-Quartiers in Köln-Nippes. Es handele sich immerhin um ein größeres Projekt und die Beschlussvorlage liege hier lediglich als Tischvorlage vor. Dennoch werbe sie dafür, die vorgesehene Beratungskette beizubehalten. Mit dem Investor seien bereits Gespräche geführt worden, nun müsse man die Verzögerung signalisieren. Man könne derzeit allerdings nicht abschätzen, zu welchen Konsequenzen dies führe. Deswegen bitte sie nochmals darum, diese Vorlage in der Beratungskette zu belassen und etwaige Fragen bis zur nächsten Ratssitzung zu klären.

**Herr Dr. Schlieben** sieht das Problem beim Clouth-Gelände darin, dass sich der Aufsichtsrat bisher damit nicht beschäftigt habe. Dieser tage allerdings erst nach der nächsten Ratssitzung und ist folglich nicht rechtzeitig erreichbar, um offene Fragen zu erörtern. Er hält es aufgrund dessen für problematisch, diese Vorlage in der Beratungsfolge zu belassen. Herr Dr. Schlieben fragt nach, ob es wegen des weiteren Beratungsbedarfs möglich sei, die Anerkennung später gegebenenfalls durch eine Dring-

lichkeitsentscheidung zu ermöglichen. Dies hätte zum Vorteil, dass man nicht bis zum Herbst warten müsse und so ein mögliches Abwandern des Trägers in eine andere Stadt verhindern könne.

**Frau Krause** äußert rechtliche Bedenken, falls die Anerkennung der Träger aufgrund von möglichen Zusatzbeiträgen verweigert werden würde. Niemand wisse zum jetzigen Zeitpunkt, ob Zusatzbeiträge überhaupt erhoben werden würden. Schließlich seien diese Kindertagesstätten bisher gar nicht am Start. Nach einem Schreiben des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) seien Zusatzbeiträge noch nicht einmal ein Grund, öffentliche Zuschüsse zu verweigern. Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) sehe hierfür auch keinerlei Sanktionen vor. So können, auch bei Erhebung derartiger Zusatzbeiträge, die jeweiligen Einrichtungen eine Betriebserlaubnis sowie öffentliche Zuschüsse erhalten. Am Anfang der Kette stehe die Anerkennung des Trägers, was aber nicht unmittelbar mit dem Betrieb der Kindertagesstätte zu tun habe. An dieser Stelle einzugreifen, sei rechtlich nicht statthaft.

**Frau Jahn** weist darauf hin, dass man sich zwar gerade noch bei der Absprache über die Tagesordnung befinde, allerdings inhaltlich schon sehr tief eingestiegen sei. Fraglich sei, ob man die Anerkennung ohne einen heutigen Beschluss des Jugendhilfeausschusses, über eine Dringlichkeitsentscheidung ermöglichen könne oder ob dies zwingend durch den Jugendhilfeausschuss geschehen müsse. Sie bitte um Einschätzung, ob dies grundsätzlich juristisch und organisatorisch möglich sei. Zuletzt weist sie auf den bereits angemeldeten Beratungsbedarf hin.

**Frau Krause** entgegnet, dass dem gesetzlichen Wortlaut nach, ausdrücklich der Jugendhilfeausschuss für dementsprechende Beschlussfassungen zuständig sei. Sie stellt die Frage, wann eine solche Dringlichkeitsentscheidung kommen solle, da man noch nicht abschätzen könne, wann der Träger überhaupt an den Start gehen werde. Sei für die Inbetriebnahme der 01.08.2016 geplant, werde ohnehin die Zeit knapp. Sollte dies nicht so sein, spiele der Zeitpunkt der Beschlussfassung eine weniger wichtige Rolle. Es lasse sich derzeit nicht beurteilen, wann die Träger fertig seien. Dieses Problem sei so im Vorfeld nicht beleuchtet worden.

**Herr Bürgermeister Dr. Heinen** fasst zusammen, dass Frau Jahn den Wunsch geäußert habe, die genannten Tagesordnungspunkte wegen des weiteren Beratungsbedarfs von der Tagesordnung zu nehmen. Die Verwaltung habe dem entgegnet, dass hierdurch eventuell die Inbetriebnahme einer Kindertageseinrichtung verzögert werden könne. Er wirft die Frage auf, wie man nun damit umgehe.

**Frau Jahn** regt an, die Thematik in der kommenden Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.06.2016 um 07:30 Uhr erneut auf die Tagesordnung zu setzen um bis dahin weitere entscheidungsrelevante Informationen einzuholen.

**Frau Beigeordnete Dr. Klein** weist daraufhin, dass es sich bei der Sitzung am 23.06.2016 explizit um eine Haushaltssitzung des Jugendhilfeausschusses handele. Diese Thematik dorthin zu verschieben, könne zu einem Rechtsproblem führen. Der Jugendhilfeausschuss müsse sich daher jetzt für die weitere Vorgehensweise entscheiden.

**Frau Krause** ergänzt, dass in der Vorlage zu TOP 2.1.2 (Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Tree House Swans gGmbH"; 1242/2016) ausdrücklich das Datum 01.08.2016 als Starttermin benannt wurde. Ob

dies letztlich realisiert werden könne, sei derzeit nicht abschätzbar. Allerdings müsse man davon ausgehen und dann zähle jeder Tag, um den Termin halten zu können. Dies dürfe nicht an einer rechtlich fragwürdigen Versagung der Trägeranerkennung scheitern.

**Frau Jahn** sagt, man wolle grundsätzlich zusätzliche Elternbeiträge vermeiden. Die Gefahr bestehe darin, dass je mehr derartige Träger man zuließe, es desto schwieriger sei, sich wieder von diesem fragwürdigen Geschäftsmodell zu lösen. Als Vorschlag zur Güte könne man in der heutigen Sitzung die Träger nochmals anerkennen. Es müsse aber auch verdeutlicht werden, dass das Thema der zusätzlichen Elternbeiträge ein sehr virulentes sei. Dies gelte sowohl für die Kindertagesstätten, die bereits in Betrieb sind, als auch für die, die mit diesem Geschäftsmodell zukünftig ans Netz gehen wollen.

**Frau Beigeordnete Dr. Klein** bedankt sich für diesen Vermittlungsvorschlag. Sie möchte zukünftig eine wiederkehrende Diskussion bei den Anerkennungsverfahren vermeiden. Frau Krause habe die rechtlichen Bedenken bezüglich einer Versagung der Anerkennung aus den genannten Gründen bereits dargelegt. Sie stellt zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine grundsätzliche, juristische Aufarbeitung in Form einer Mitteilung in Aussicht.

**Herr Bürgermeister Dr. Heinen** stellt daher den Verbleib von TOP 2.1.2 und TOP 2.1.3 auf der Tagesordnung fest. Der TOP 4.5 werde in den nächsten Jugendhilfeausschuss verschoben. Diese Verfahrensweise sei aufgrund der Bauphase im Clouth-Quartier nicht problematisch.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden. Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

## **Tagesordnung:**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Allgemeines**

- 1.1 Festlegung der Stimmzähler
- 1.2 Präsentationen
- 1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

#### **2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch
  - 2.1.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Mini Montis e.V."  
0677/2016
  - 2.1.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Tree House Swans gGmbH"  
1242/2016
  - 2.1.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Kita Pfiffikus gGmbH"  
1270/2016
  - 2.1.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "AWO Kreisverband Köln UG"  
1820/2016
- 2.2 Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen
  - 2.2.1 Verteilung von Restmitteln an "Jugendhilfeangebote für Kinder und Jugendliche aus Zuwanderer- und Flüchtlingsfamilien" im Haushaltsjahr 2016  
1266/2016
  - 2.2.2 Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII - Qualifizierung und Fortbildung von Tagespflegepersonen  
1086/2016



## 2.3 Weitere Beschlüsse

2.3.1 Bestellung eines Schriftführers und seiner Stellvertretung  
1512/2016

2.3.2 Weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt bis 2020/21 ff.  
2877/2015

zu 2.3.2 Änderungsantrag zu TOP 2.3.2: Weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter-3-jährige und für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt bis 2020/21 ff.  
AN/1140/2016

2.3.3 Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW  
1057/2016

2.3.4 Anerkennung von Kindertagesstätten in der Förderbereichen plusKita und Sprachförderung  
1720/2016

2.3.5 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss  
1696/2016

2.3.6 Neue Familienzentren im Kindergartenjahr 2016/17  
1097/2016

## 3 **Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen**

3.1 Neuanlage des Spielplatzes Astrid-Lindgren-Allee in Köln-Brück  
3152/2015

## 4 **Beschlussempfehlungen an den Rat**

4.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"  
hier: 2. Folgebericht -Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020  
0990/2016

4.2 Änderung der Satzung über die Elternbeiträge zur Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen zum 01. August 2016  
1661/2016

- 4.3 Qualitätsoffensive in allen kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadt Köln  
1493/2015
- 4.4 Überplanmäßiger Mehrbedarf im Teilergebnisplan 0606 – Hilfe für junge Menschen und ihre Familien; Haushaltsjahr 2015  
0695/2016
- 4.5 Einrichtung einer Jugendeinrichtung im Clouth-Quartier in Köln-Nippes in Trägerschaft der Jugendzentren gGmbH sowie Zusetzung von Mitteln zur Förderung 1 zusätzlichen Personalstelle für den Kölner Spielewerkstatt e.V. ab 2018  
1969/2016
- 5 Anträge aus der Politik (schriftlich)**
  - 5.1 Frühere Anträge
  - 5.2 Neue Anträge
- 6 Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe (schriftlich)**
  - 6.1 Frühere Anfragen
    - 6.1.1 Bekämpfung von Kinderarmut  
AN/0475/2016
      - zu 6.1.1 Bekämpfung von Kinderarmut  
1132/2016
    - 6.1.2 Gastfamilien-Programm der Stadt Köln: Wo hakt es noch?  
AN/0785/2016
      - zu 6.1.2 Anfrage der Piratengruppe zum Gastfamilienprogramm für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA)  
2017/2016
    - 6.1.3 Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Pflege- und Gastfamilien  
AN/0796/2016
      - zu 6.1.3 Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Pflege- und Gastfamilien  
1936/2016

6.2 Neue Anfragen

6.2.1 Anpassung der Elternbeiträge für die Kindertagesstätten  
AN/1083/2016

zu 6.2.1 Anpassung der Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen und OGTS  
2099/2016

6.2.2 Starke Menschen – starke Veedel  
AN/1124/2016

zu 6.2.2 Starke Menschen - starke Veedel  
2164/2016

6.2.3 Situation des Minderjährigenschutzes in Notunterkünften  
AN/1133/2016

6.2.4 Bolzplatz Bocklemünd/Mengenich  
AN/1128/2016

**7 Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe (mündlich)**

7.1 Frühere Anfragen

7.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Richrath aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.03.2016 (Top 2.2)  
1739/2016

7.1.2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses zum Top 3.11 Handlungskonzept pathologisches Glücksspiel (0586/2016)  
1742/2016

7.1.3 Aufstellung über Streetwork in freier Trägerschaft  
2035/2016

7.2 Neue Anfragen

**8 Mitteilungen der Verwaltung**

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

8.1.1 Neue Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss  
2037/2016

- 8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung
  - 8.2.1 Neue Familienzentren im Kindergartenjahr 2016/17 (Vorlage 1097/2016):  
VORGEZOGEN AUF 2.3.6
  - 8.2.2 Trägerwechsel der Kindertageseinrichtung Finkenbergr von Deutsches Rotes Kreuz e.V. an Fröbel Bildung und Erziehung  
1916/2016
- 8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste
  - 8.3.1 Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP)  
1609/2016
- 8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz
  - 8.4.1 Präventionsprogramme der Stadt Köln "gegen gewaltbereiten Salafismus"  
1348/2016
  - 8.4.2 Trägerschaft Jugendeinrichtung im Stadtteil Kalk - Pavillon e.V.  
Trägerschaft Jugendprojekt Ostheim - Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.  
1553/2016
  - 8.4.3 Ferienspielaktionen des Mobilten Treffs "Juppi"  
1913/2016
- 8.5 Weitere Mitteilungen
  - 8.5.1 Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates (AN/0847/2016) zur Sitzung des Rates am 10.05.2016: "Warum ist Köln Schlusslicht bei der Barrierefreiheit?"  
1607/2016
  - 8.5.2 Unterstützung der Projektinitiative "klarkommen".  
1655/2016
  - 8.5.3 Köln nimmt an Aktion "Stadtradeln" vom 05.09. bis 25.09.2016 teil  
1148/2016
  - 8.5.4 8. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation  
1994/2016

- 8.5.5 Jahresbericht 2015 der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung der Stadt Köln  
1970/2016
  
- 8.5.6 Erstellen eines Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen"  
Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2010) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung  
2100/2016

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Allgemeines

#### 1.1 Festlegung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden für diese Sitzung Frau Jahn, Frau Laufenberg und Frau Schultes benannt.

#### 1.2 Präsentationen

Es sind keine Präsentationen anberaumt worden.

#### 1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es werden keine persönlichen Erklärungen abgegeben.

#### 4.2 Änderung der Satzung über die Elternbeiträge zur Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen zum 01. August 2016 1661/2016 (vorgezogen)

**Herr Dr. Schlieben** führt aus, dass über diese Thematik sowohl in diversen Gremien, als auch in der Öffentlichkeit und Presse bereits ausführlich gesprochen wurde. In dieser Vorlage finden sich drei Punkte zur Änderung wieder:

- Erhöhung des OGS-Höchstbeitrages von 170 Euro auf 180 Euro. Dies sei der Vorschlag der Verwaltung, dem man prinzipiell folgen wolle.
- Reduzierung der beitragsfreien Zeit vor der Einschulung von 18 auf 12 Monate.
- Kompensation der gestrichenen beitragsfreien Zeit für die drei unteren Einkommensstufen in gleicher Höhe; dies geschehe, indem die Beiträge um 25 Prozent reduziert werden. Letztlich ergebe dieses Nullsummenspiel für die genannten Beitragsstufen keine Belastung, aber auch keine Entlastung.

Er erklärt weiter, dass man die eingesparten Mittel in Höhe von circa 3,9 Millionen Euro ausschließlich in den Bereichen Kinder, Jugend und Bildung einsetzen werde. Diese Zusage sei so im politischen Veränderungsnachweis nachlesbar und damit verbindlich.

**Frau Dr. Butterwegge** macht für die Fraktion Die Linke. deutlich, dass sie die Streichung des halben beitragsfreien Jahres vor der Einschulung strikt ablehne. Gleiches gelte auch für die erneute Erhöhung der OGS-Gebühren. Die geringfügige Senkung der Kita-Beiträge kompensiere nicht den Wegfall der Beitragsfreiheit. Auch ein durch die Hintertür eingeführtes Schulgeld sei nicht richtig.

**Frau Laufenberg** sagt, dass die FDP-Fraktion bereits in der letzten Ratssitzung deutlich gemacht habe, dass dieses Vorgehen falsch sei. Bei der vorliegenden Beschlussvorlage werde man sich enthalten, da man sich noch in den Verhandlungen zum Veränderungsnachweis 3 befinde.

**Herr Pöttgen** stellt fest, dass es sich bei der Streichung des halben beitragsfreien Jahres um eine indirekte Erhöhung der Kita-Beiträge handele. Wenn der Ausschussvorsitzende eine Einzelabstimmung über die drei Punkte zulassen würde, würde die SPD-Fraktion für die Erhöhung des OGS-Höchstbeitrages stimmen, allerdings *gegen* die restlichen Punkte.

**Frau Jahn** verweist auf den Runderlass, der nun die Möglichkeit einräume, die OGS-Beiträge von 170 Euro auf 180 Euro zu erhöhen. Hierbei handele es sich nicht um ein Schulgeld. Außerdem kommen die dadurch zusätzlich eingenommenen Mittel den Kindern zugute. Auch liege keine Erhöhung der Kita-Beiträge vor, wenn die Beiträge in den unteren drei Einkommensstufen um 25 Prozent reduziert werden würden.

**Herr Pöttgen** ergänzt, dass man ausdrücklich nicht gegen eine Dynamisierung sei. Die Senkung der Kita-Beiträge sei ein Nullsummenspiel für die betroffenen Eltern. Man dürfe jetzt nicht so tun, als ob die Eltern 25 Prozent weniger zahlen müssen. Unter dem Strich stimme dies nicht.

**Herr Gümüs** erklärt, dass er bereits in der letzten Sitzung seinen Standpunkt dargelegt habe. Man spare auf der falschen Seite, für viele Familien ergebe sich eine immense Belastung. Es seien Steigerungen von 200 Prozent bei einem 45-Stunden-Betreuungsplatz möglich. Dies sei letztlich nicht glücklich. Diese Beitragssatzung müsse überarbeitet werden, insbesondere wegen der viel zu weit gefassten Stufen.

Für Herrn Dr. Schlieben und Frau Jahn habe er noch ein kleines Päckchen dabei: dies beinhalte 5500 Unterschriften gegen diese Elternbeitragssatzung.

**Herr Dr. Schlieben** antwortet, dass er die 5500 Unterschriften gerne mitnehmen werde. Bezüglich der Beitragsstaffel stimmt er seinem Vorredner zu. Ganz in Ruhe und mit Blick auf das Jahr 2018 müsse man sich diese Thematik erneut vornehmen. Die Friktionen dieser Beitragsstaffel müssten ebenfalls nochmals überprüft werden, wobei das Ergebnis noch völlig offen sei. Veränderungen daran sollten nicht übers Knie gebrochen werden.

**Herr Bürgermeister Dr. Heinen** stellt fest, dass nun alle Positionen ausgetauscht wurden. Diese würden sicherlich auch erneut in der Haushaltssitzung dargelegt werden. Er lässt die Mitglieder, in Kenntnis der zu diesem Thema vom Ausschuss Anregungen und Beschwerden an den Jugendhilfeausschuss weitergeleiteten Bürgereingabe, abstimmen.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die Änderung der Satzung über die Elternbeiträge zur Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen vom 23.06.2015 mit Wirkung zum 01. August 2016 in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

### **Abstimmungsergebnis:**

- 8 Zustimmungen: CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), Fraktion Die Linke. (1)
- Enthaltungen: FDP-Fraktion (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1)

### **Mehrheitlich zugestimmt.**

#### *Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei. Die vor Sitzungsbeginn ausgeteilte Bürgereingabe liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 8 bei.*

## **2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

### **2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch**

#### **2.1.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Mini Montis e.V." 0677/2016**

Die Ausschussmitglieder verzichten auf Wortbeiträge. Es erfolgt umgehend die Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Mini Montis e.V.“, Escher Str. 217, 50739 Köln, als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 Absatz 1 SGB VIII anzuerkennen.

### **Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

### **Einstimmig zugestimmt.**

#### *Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*



**2.1.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;  
hier: "Tree House Swans gGmbH"  
1242/2016**

Die Ausschussmitglieder verzichten auf Wortbeiträge, nachdem bereits vor Eintritt in die Tagesordnung hierzu debattiert wurde. Es erfolgt umgehend die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die „Tree House Swans gGmbH“, Geschäftsadresse: Reggowstr. 4, 50931 Köln, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Abs. 1 SGB VIII anzuerkennen.

Die Anerkennung ist zunächst für 2 Jahre befristet.

**Abstimmungsergebnis:**

- 12 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- Enthaltungen: Bündnis 90/ Die Grünen (2)
- keine Gegenstimmen

**Einstimmig zugestimmt.**

*Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

**2.1.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;  
hier: "Kita Pfiffikus gGmbH"  
1270/2016**

Die Ausschussmitglieder verzichten auf Wortbeiträge. Die Abstimmung erfolgt umgehend.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die „Kita Pfiffikus gGmbH“, Geschäftsadresse: Corkstr. 8a, 51103 Köln, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Abs. 1 SGB VIII anzuerkennen. Die Anerkennung ist zunächst für 2 Jahre befristet.

**Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

*Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

#### **2.1.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "AWO Kreisverband Köln UG" 1820/2016**

Die Ausschussmitglieder verzichten auf Wortbeiträge. Es erfolgt umgehend die Abstimmung.

##### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die gemeinnützige „AWO Kreisverband Köln UG“, Rubensstr. 7-13, 50676 Köln, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Abs. 2 SGB VIII anzuerkennen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

##### **Einstimmig zugestimmt.**

Anmerkungen:

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Die AWO Köln hat weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).*

## **2.2 Verteilung von Haushaltmitteln und Zuschüssen**

### **2.2.1 Verteilung von Restmitteln an "Jugendhilfeangebote für Kinder und Jugendliche aus Zuwanderer- und Flüchtlingsfamilien" im Haushaltsjahr 2016 1266/2016**

**Herr Richrath** fragt nach, warum der Stadtbezirk Porz keine weiteren Mittel mehr zugeteilt bekomme.

**Frau Dr. Butterwegge** findet die Projekte toll, sieht den Schwerpunkt jedoch bedauerlicherweise in Gebieten, in denen weniger Kinder mit Zuwanderungs- und Fluchthintergrund leben. Die Stadtteile mit den meisten Flüchtlings- und Zuwandererfamilien haben die geringsten Fördersummen. Sie fragt nach, woran dies liege.

**Frau Baars** antwortet, dass jedem Bezirk 80.000 Euro für das Jahr 2016 zustehen. In einer der letzten Ausschusssitzungen seien die meisten Mittel verteilt worden. Darüber hinaus habe es noch Mittel für bezirksübergreifende Projekte gegeben. Insgesamt seien somit 824.000 Euro in 2016 an die Träger vor Ort verteilt worden. Eine Schieflage gebe es nicht.

## **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2016/2017, die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 121.778,30 Euro gemäß Anlage 1 für Jugendhilfeangebote für Kinder und Jugendliche aus Zuwanderer- und Flüchtlingsfamilien zu verteilen.

## **Abstimmungsergebnis:**

- 12 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1),
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

## *Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Die AWO Köln und Sportjugend im Stadtsportbund Köln haben weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).*

*Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.*

## **2.2.2 Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII - Qualifizierung und Fortbildung von Tagespflegepersonen 1086/2016**

Die Ausschussmitglieder verzichten auf Wortbeiträge. Es erfolgt umgehend die Abstimmung.

## **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltsplans 2016, die Gewährung von Zuschüssen in Höhe von 106.223,00 Euro aus dem Teilergebnisplan 0603 – Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), Haushaltsjahr 2016 für die Zeit vom 01.01.2016 – 30.06.2016.

Gemäß den Anträgen der freien Träger verteilen sich die Mittel wie folgt:

PEV – Familienbildung (Qualifizierung/ Fortbildung)	31.660,00 Euro
Malteser Hilfsdienst e.V. (1. Hilfe-Kurse)	7.574,00 Euro
Familien Forum Deutz Mülheim (Qualifizierung/ Fortbildung)	18.547,00 Euro
Evang.Familienbildungsstätte (Qualifizierung/ Fortbildung)	16.500,00 Euro
Freies Bildungswerk Rheinland (Qualifizierung/ Fortbildung)	22.442,00 Euro
PME Familienservice (Fortbildung)	7.100,00 Euro
Kontaktstelle Kindertagespflege (Fachtag Kindertagespflege)	2.400,00 Euro
Gesamt:	106.223,00 Euro

### **Abstimmungsergebnis:**

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- Enthaltungen: Fraktion Die Linke. (1)
- keine Gegenstimmen

**Einstimmig zugestimmt.**

### *Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

## **2.3 Weitere Beschlüsse**

### **2.3.1 Bestellung eines Schriftführers und seiner Stellvertretung 1512/2016**

Die Ausschussmitglieder verzichten auf Wortbeiträge. Es erfolgt umgehend die Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - bestellt für seine Sitzungen mit Wirkung vom 21.06.2016

Herrn Christopher Römer (Amt für Kinder, Jugend und Familie)  
zum hauptamtlichen Schriftführer, sowie

Frau Petra Lohmann (Amt für Kinder, Jugend und Familie) und  
Frau Sabine Kaas (Amt für Kinder, Jugend und Familie)  
zu stellvertretenden Schriftführerinnen.

### **Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

### *Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

**2.3.2 Weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt bis 2020/21 ff.  
2877/2015  
und**

**zu 2.3.2 Änderungsantrag zu TOP 2.3.2: Weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter-3-jährige und für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt bis 2020/21 ff.  
AN/1140/2016**

**Frau Beigeordnete Dr. Klein** erklärt, dass grundsätzlich die Zustimmung der Bezirksvertretungen erkennbar sei. Es gebe lediglich wenige Änderungswünsche, daraus folgende drei Punkte, die hier zu diskutieren seien:

- Einrichtung einer Kindertagesstätte auf dem Heliosgelände. Hiervon sei dringend abzuraten, da das Gelände neben Grundschule und Gesamtschule zu klein sei. Eine Kita passe hier nicht mehr drauf. Die Idee sei nicht zielführend und würde den Ausbauprozess aufhalten.
- Die Verwaltung solle als Bauherrin von Kindertagesstätten auftreten, wenn dies nicht durch Investoren geschehe. Als Fachdezernentin müsse sie auch hiervon dringend abraten. Die Gebäudewirtschaft sei mit dem Schulbau bereits völlig ausgelastet und habe keine Kapazitäten.
- Halbjährliche Berichterstattung. Dies sei aufgrund der Personalkapazitäten nicht sinnvoll. Hier solle man es beim alten Berichtsintervall, einmal jährlich, belassen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein schließt mit der Empfehlung ab, den Anregungen der Bezirksvertretungen nicht zu folgen.

**Herr Bürgermeister Dr. Heinen** sagt, dass es zur Thematik des Berichtsintervalls bereits ausführliche Diskussionen im Jugendhilfeausschuss gegeben habe. Man habe sich seinerzeit auf den jährlichen Bericht geeinigt. Über die Schwierigkeiten des Schulbaus sei man gut informiert, folglich seien die Ausführungen von Frau Dr. Klein in der aktuellen Problemlage gut nachvollziehbar. Grundsätzlich laufe der Bau von Kindertagesstätten aktuell relativ gut. Die Baumaßnahmen funktionierten und auch die Konditionen im Hinblick auf Neuverträge und Vermietungen haben sich verbessert. Man sei für die Kindertagesstätten auf einem guten Weg.

Eine mögliche Kindertagesstätte auf dem Heliosgelände betrachtet er kritisch. Aufgrund des beschränkten Platzangebotes müsste man weiter in die Höhe bauen, was die Baukosten vermutlich unverhältnismäßig steigen lasse. Es gebe folglich gute Gründe, sich der Stellungnahme der Verwaltung anzuschließen. Dies sei allerdings seine persönliche Meinung und der Eindruck, den er auch aus anderen Ausschüssen mitgenommen habe.

**Frau Dr. Butterwegge** möchte den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. vorstellen. Vorab beantragt sie eine Einzelabstimmung für den Änderungsantrag sowie den Gesamtantrag. Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke beinhalte:

- Erhöhung der Zielplanung für den U3-Ausbau auf 55 Prozent bis 2020. Für die Folgejahre sehe man 60 Prozent vor. Dies führe in absehbarer Zeit zu einer Bedarfsdeckung.
- Der von der Verwaltung entwickelte Sechs-Punkte-Plan solle nicht verbindlich festgeschrieben werden; vielmehr solle er nur geprüft werden.
- Einführung eines dialogischen Beratungsprozesses in Form einer Kita-Anhörung mit allen Beteiligten der Stadtgesellschaft, bei dem die Pläne der Verwaltung mit den Beteiligten erörtert werden könnten.
- Aufnahme eines neuen Beschlusspunktes 3: Kita-Neubau. Die bisherige Ausbauplanung funktioniere in manchen Gebieten ganz gut, aber nicht dort, wo großer Bedarf bestehe oder wo Flächen fehlen. Das Investorenmodell greife nicht flächendeckend. Ergänzend zum Investorenmodell schlage man daher vor, dass die Stadtverwaltung ein Handlungskonzept entwickelt, wie durch einen städtischen Grundstücks-Scout neue Flächen gefunden werden können. Für eigene Bautätigkeiten der Verwaltung und die anschließende Inbetriebnahme städtischer Kindertagesstätten solle ebenfalls ein neues Konzept erarbeitet werden. Die städtische Gebäudewirtschaft solle perspektivisch dazu erüchtigt werden, den Kita-Neubau ebenso zu schultern wie den Schul-Neubau. Zielsetzung sei es, dass der Bereich des Kita-Neubaus langfristig gegenüber dem Schul-Neubau nicht benachteiligt werde.

**Frau Beigeordnete Dr. Klein** entgegnet, dass die Erhöhung der Zielplanung für den U3-Ausbau letztlich auch machbar sein müsse. Die Höhe von 50 Prozent sei von der Verwaltung insbesondere im Hinblick auf den Realisierungsgrad ganz bewusst gewählt worden und korrespondiere auch mit der Elternbefragung.

Beim Sechs-Punkte-Plan könne gegebenenfalls ein Missverständnis vorliegen. Der Sechs-Punkte-Plan sei nie von der Verwaltung als verbindlich festgeschrieben worden; es handele sich hierbei um eine Prüfoption.

Ein Symposium oder Kita-Gipfel sei ein guter Ansatz, bei dem man auch das zuständige Ministerium und gegebenenfalls andere Kommunen mit dazu einladen könne. Dies erhöhe den Kreis an Expertinnen und Experten.

Zum Thema Gebäudewirtschaft verweist sie auf ihre vorher gemachten Aussagen und bittet, die Entwicklungen, wie sie aktuell beim Schulbau passierten, den Kitas zu ersparen.

**Frau Jahn** fragt nach, wann ein Symposium starten könne.

**Frau Beigeordnete Dr. Klein** antwortet, dass die Verwaltung es begrüße, dieses Thema mit vielseitigem Fachverstand erneut aufzugreifen. Ein solches Symposium brauche allerdings einen gewissen zeitlichen Vorlauf zur Vorbereitung und könne nicht gleich nach den Sommerferien stattfinden.

**Herr Dr. Schlieben** dankt für die kleinteilige Arbeit und die realistischen Zielvorgaben. Die CDU-Fraktion unterstütze ausdrücklich die Linie der Dezernentin. Die Gebäudewirtschaft habe weiterhin viel zu tun. Wichtig sei daher, dass der Kita-Bau vom Schulbau getrennt bleibe. Die Idee des Symposiums oder eines Kita-Gipfels sei grundsätzlich sehr sympathisch.

**Frau Jahn** schließt sich an und attestiert ebenfalls realistische Ziele mit einer gesicherten Finanzierung. Dies sei besonders wichtig für eine wachsende Stadt wie Köln. Unter diesem Aspekt sei eine doppelte Kompensation notwendig, um 40 Prozent Betreuungsquote bei den Kindertagesstätten zu schaffen. Um 40 Prozent zu halten, müssen neue Kitas gebaut und ans Netz gebracht werden. Um 50 Prozent zu erreichen, müsse man noch weiter gehen.

Problematisch sei allerdings, dass in Köln keine ausreichenden Flächen vorhanden seien. Sie fragt, wie die Verwaltung in den Stadtteilen Kalk und Neuhrenfeld bedarfsgerecht ausbauen wolle. Letztlich fehlen hier über 1000 Plätze.

**Herr Pöttgen** bedankt sich für die Vorlage der Verwaltung. Den Änderungsantrag könne die SPD-Fraktion allerdings in einigen Punkten nicht mittragen. Dies gelte unter anderem für die 55 Prozent. Man müsse sich hier an der Elternbefragung orientieren.

Bezüglich des Sechs-Punkte-Plans nennt Herr Pöttgen einen Formulierungsvorschlag: „Hierzu setzt die Verwaltung schnellstmöglich den Punkt 4 der Begründung der im Sechs-Punkte-Plan vorgeschlagenen Maßnahmen um.“

Den Kita-Gipfel befürworte man grundsätzlich. Ein Grundstücks-Scout sei nicht notwendig. Sinnvoll sei aber ein optimiertes Management, um in der gesamten Stadt die notwendigen Bedarfe zu ermitteln und damit arbeiten zu können. Beim Verfahren der städtischen Kindertagesstätten empfinde er die bisherige Regelung als ausreichend.

**Frau Volland-Dörmann** stellt sich gegen den Vorschlag eines Symposiums. Es gebe in Köln viele interessierte Investoren und es werden auch ständig passende Flächen angeboten. Es gehe um Anreizsysteme; es bestehe das Problem, dass die Träger Eigenmittel in Höhe von 60.000 bis 80.000 Euro mitbringen müssen. Sinnvoller seien echte, ausfinanzierte Pauschalen. Mithilfe derer würden sich auch in Köln wieder vermehrt Träger auf den Weg machen.

Ein weiteres Problem sei es, Personal für die Kindertagesstätten zu finden. Den zentralen Aspekt stelle hier die Ausbildung dar. Auch hier sei das Land Nordrhein-Westfalen gefragt. Wichtiger als ein Symposium sei es zu überlegen, was die richtigen Stoßrichtungen seien, um diese Prozesse zu beschleunigen. Frau Volland-Dörmann bittet alle Fraktionen, im Rahmen der Revision des Kinderbildungsgesetzes dementsprechend weiter zu denken.

**Frau Dr. Butterwegge** möchte auf ein paar Punkte näher eingehen. Der Bedarf sei tatsächlich jetzt schon höher, als die Zielquoten dies für 2020 vorsehen. Aufgrund dessen habe Die Linke den Änderungsantrag vorgelegt. Um weitere Missverständnisse zu vermeiden, solle der Sechs-Punkte-Plan beachtet werden.

Insbesondere das Symposium sei wichtig. Hierbei müsse darauf geachtet werden, dass die Blickrichtung auf die Stadt Köln gelenkt werde.

Die Gebäudewirtschaft solle darauf achten, dass der Anteil der von dort betreuten städtischen Kindertagesplätze nicht weiter sinke. Hier solle es auch weiterhin bei etwa 50 Prozent an städtischen Kindertagesstätten bleiben.

Der Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Dr. Heinen lässt zunächst einzeln über

die Punkte des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke abstimmen:

**Beantragt wird die Änderung folgender Beschlusspunkte (Änderungen unterstrichen):**

**1. Zu Punkt (1), 3. Abschnitt:**

(...) beschließt der Rat den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter-3-Jährige bei gesicherter Finanzierung in einem ersten Schritt mit einer Zielquote von zunächst 55% und einem Verhältnis von institutioneller Kindertagesbetreuung zu Kindertagespflege von 83 : 17 bis zum Abschluss des Kindergartenjahres 2020/21 und in einem zweiten Schritt in einem „Feinschliff“ eine Versorgungsquote von 60% bei einem Verhältnis von 89 : 11 in den Folgejahren (...)

**Abstimmungsergebnis zu 1.:**

- Zustimmungen: Fraktion Die Linke. (1)
- Enthaltungen: AWO Kreisverband Köln e.V. (1)
- Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1), FDP-Fraktion (1)

**Mehrheitlich abgelehnt.**

*Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

**2. Zu Punkt (2):**

(...) und beauftragt die Verwaltung, unter Beteiligung von relevanten Akteuren der Stadtgesellschaft nach Mitteln und Wegen zu suchen, die genannten ambitionierten Ziele zu erreichen. Hierfür sind zunächst zeitnah unter Prüfung (statt: „Beachtung“) des unter Punkt 4 in der Begründung dargelegten 6-Punkte-Plans die erforderlichen Maßnahmen zu identifizieren und festzulegen.

**Abstimmungsergebnis zu 2.:**

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- Enthaltungen: FDP-Fraktion (1)
- keine Gegenstimmen

**Einstimmig zugestimmt.**

*Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*



### 3. Zu Punkt (2), Ergänzung nach dem vorstehenden Satz:

Dazu beruft die Verwaltung eine Anhörung zum Kitausbau noch in diesem Jahr ein, welche unter Beteiligung aller relevanten Akteure der Stadt einschließlich von Vertreter\*innen der Bezirke, der Eltern, der großen Träger und Wohlfahrtsverbände, der Gewerkschaften, der (Erziehungs-) Wissenschaft sowie der politischen Parteien die Anforderungen und Herausforderungen des Kitaausbaus für Köln unter quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten erörtert. Ziel des eintägigen Symposiums ist es, Wege zu einer passgenauen Bedarfsdeckung zu beraten und Zielsetzungen wie nächste Handlungsschritte abzustecken. Die Ergebnisse sollen in den weiteren Planungsprozess eingebracht werden und der Rat entsprechende Beschlüsse fassen.

#### Abstimmungsergebnis zu 3.:

- 10 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), Fraktion Die Linke. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1),
- Enthaltungen: FDP-Fraktion (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen

**Einstimmig zugestimmt.**

*Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

### 4. Einführung eines neuen Punktes zwischen (2) und (3), die weiteren Punkte verschieben sich um jeweils eine Zahl

Neuer Punkt (3):

„Neben dem aktuell ausschließlich praktizierten Verfahren zur Realisierung neuer Kindertagesstätten durch die Gewinnung von Investoren entwickelt die Verwaltung ein städtisches Handlungskonzept, das das bisherige Verfahren ergänzt. Perspektivisch soll die städtische Gebäudewirtschaft ertüchtigt werden, den Kitaneubau ebenso zu schultern wie den Schulneubau. Kern dieses Handlungskonzeptes ist die Gewinnung neuer Flächen, z. B. durch die Beschäftigung eines städtischen Flächenscouts, auf denen die Stadtverwaltung eigene Kitabauten realisiert und diese gegebenenfalls auch in eigener Trägerschaft betreibt.“

und

### 5. Begründung: Abschnitt 4 „6-Punkte-Plan“, Unterabschnitt (1)

Das Verfahren zur Realisierung neuer Kindertageseinrichtungen im Rahmen eines Investorenmodells wird beibehalten und ergänzt um ein Handlungskonzept der Verwaltung, wie zusätzlich von der Verwaltung geeignete Flächen gefunden und dort zeitnah neue Einrichtungen in städtischer Trägerschaft erbaut und ggf. auch von der Stadt als Träger der Kindertagesstätte betrieben werden.

### **Abstimmungsergebnis zu 4. und 5.:**

- Zustimmungen: Fraktion Die Linke. (1)
- Keine Enthaltungen
- Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im StadtSportbund Köln e. V. (1), FDP-Fraktion (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1)

### **Mehrheitlich abgelehnt.**

#### *Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

**Herr Bürgermeister Dr. Heinen** lässt nun über den Beschlussvorschlag der Verwaltung - unter Berücksichtigung der beiden zuvor beschlossenen Änderungen - abstimmen:

### **Geänderter Beschluss (Änderungen unterstrichen):**

- (1) Vor dem Hintergrund, dass
- der Bedarf an Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige Kinder nach den Ergebnissen der stadtweiten und repräsentativen Elternbefragung von Ende 2014/ Anfang 2015 bei rund 52% (Betreuungsplätze für unter 3-Jährige in Relation zu allen Kindern unter drei Jahren) und einem Verhältnis von institutioneller Kindertagesbetreuung zu Kindertagespflege von 89: 11 liegt;
  - die Zahl der unter 3-jährigen Kinder in Köln nach den Ergebnissen der neuen städtischen Bevölkerungsprognose von Mai 2015 von aktuell rund 30.800 weiter stark auf voraussichtlich knapp 33.200 in 2020 und knapp 34.000 in 2025 ansteigen wird. [Gleichzeitig wird für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt ein Anstieg von aktuell rund 28.300 auf knapp 30.700 in 2020 und rund 31.800 in 2025 erwartet. Für die Folgejahre bis 2040 wird lediglich eine leichte Abschwächung der hohen Kinderzahlen erwartet (33.000 unter 3-Jährige und 31.200 Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt)]

beschließt der Rat den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige bei gesicherter Finanzierung in einem ersten Schritt mit einer Zielquote von zunächst 50% und einem Verhältnis von institutioneller Kindertagesbetreuung zu Kindertagespflege von 83: 17 bis zum Abschluss des Kindergartenjahres 2020/21 und in einem zweiten Schritt in einem „Feinschliff“ eine Versorgungsquote von 52% bei einem Verhältnis von 89: 11 in den Folgejahren. Der Rat beschließt mit Blick auf die steigenden Kinderzahlen außerdem den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung für 3-Jährige und Ältere, um weiterhin eine gesamtstädtische Versorgungsquote von 100% und damit die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz dieser Altersgruppe gewährleisten zu können.

- (2) Der Rat erkennt an, dass es sich hierbei um eine sehr große gesamtstädtische Herausforderung handelt und beauftragt die Verwaltung, unter Beteiligung von

relevanten Akteuren der Stadtgesellschaft nach Mitteln und Wegen zu suchen, die genannten ambitionierten Ziele zu erreichen. Hierfür sind zunächst zeitnah unter Prüfung des unter Punkt 4 in der Begründung dargelegten 6-Punkte-Plans die erforderlichen Maßnahmen zu identifizieren und festzulegen. Dazu beruft die Verwaltung eine Anhörung zum Kitausbau noch in diesem Jahr ein, welche unter Beteiligung aller relevanten Akteure der Stadt einschließlich von Vertreterinnen und Vertretern der Bezirke, der Eltern, der großen Träger und Wohlfahrtsverbände, der Gewerkschaften, der (Erziehungs-)Wissenschaft sowie der politischen Parteien die Anforderungen und Herausforderungen des Kitaausbaus für Köln unter quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten erörtert. Ziel des eintägigen Symposiums ist es, Wege zu einer passgenauen Bedarfsdeckung zu beraten und Zielsetzungen wie nächste Handlungsschritte abzustecken. Die Ergebnisse sollen in den weiteren Planungsprozess eingebracht werden und der Rat entsprechende Beschlüsse fassen.

- (3) Der Rat beauftragt die Verwaltung weiter, dem Jugendhilfeausschuss wie bisher regelmäßig halbjährlich über den erreichten Ausbaustand zu berichten.
- (4) Der Rat beauftragt die Verwaltung außerdem, die weitere gesamtstädtische und teilräumliche Entwicklung des Bedarfs an Kindertagesbetreuung wie bislang genau zu beobachten und insbesondere auf der Grundlage der vorgesehenen Realisierung eines Trägerabgleichs der Elternanmeldungen im Rahmen geeigneter Datenverarbeitungs-Programme zu analysieren. Unter Umständen ist zu gegebener Zeit in der Zukunft eine erneute, repräsentative Elternbefragung in Erwägung zu ziehen.
- (5) Die Umsetzung von Maßnahmen erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans. Die Verwaltung wird beauftragt, die stellenmäßigen Auswirkungen, die sich aus dem weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und Ältere ergeben, verwaltungsseitig in die entsprechenden Stellenplanvorlagen mit aufzunehmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- Enthaltungen: FDP-Fraktion (1)
- keine Gegenstimmen

**Einstimmig zugestimmt.**

#### *Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

### **2.3.3 Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW 1057/2016**

**Herr Bürgermeister Dr. Heinen** erklärt, dass es für den Jugendhilfeausschuss um die Stellungnahme der Verwaltung auf Seite 5 über Spiel- und Bolzplätze gehe. Eine Beschlussfassung könne im Sinne der Stellungnahme der Verwaltung erfolgen.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ergebnisse des Prüfberichts sowie die Stellungnahme der Verwaltung zu den Ausführungen zur Kenntnis.

#### **Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporthund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

#### *Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

### **2.3.4 Anerkennung von Kindertagesstätten in der Förderbereichen plusKita und Sprachförderung 1720/2016**

Mangels Wortbeiträgen erfolgt umgehend die Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt

1. die Anerkennung der Kita An St. Elisabeth 11 in Trägerschaft der Kath. Kirchengemeinde St. Theodor und St. Elisabeth im Stadtteil Höhenberg als plus-KITA-Einrichtung gemäß §16a in Verbindung mit § 21 a KiBiz. Die Einrichtung ersetzt die Kita An der Fuhr 5 des Trägers Stadt Köln im Stadtteil Meschenich, die aus baulichen Gründen geschlossen werden musste.
2. die freiwillige städtische Förderung analog plusKITA der Kita Escher Str. 152 des Trägers Stadt Köln im Stadtteil Bilderstöckchen. Die Kita ersetzt die bisher hierüber geförderte Kita An St. Elisabeth.
3. die Anerkennung der Kitas Platenstr. 53 im Stadtteil Ehrenfeld (Träger: Dreckspatzen e.V.) und Bataverstr. 19 im Stadtteil Deutz (Träger: Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH) als Kitas mit zusätzlichen Sprachfördermitteln nach §§ 16b und 21b KiBiz.

Diese ersetzen die Kitas An der Fuhr 5 (Träger: Stadt Köln) und Slabystr. 11(Träger. Stadt Köln).

### **Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

*Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

### **2.3.5 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss 1696/2016**

Die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Beschlussvorlage liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 1 bei. Mangels Wortbeiträgen erfolgt umgehend die Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt

Frau Julia van Doorn (Bund der Deutschen Katholischen Jugend - BDKJ)

gemäß §§ 71 Abs. 1 Ziff. 2 SGB VIII, 4 II 1. AG-KJHG als stimmberechtigtes Mitglied für den BDKJ in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -.

Frau Braun behält ihre Position als persönliche Stellvertreterin. Herr Herkenhoener verliert damit seine Stellung im Jugendhilfeausschuss.

### **Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

*Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

### **2.3.6 Neue Familienzentren im Kindergartenjahr 2016/17 1097/2016**

Mangels Wortbeiträgen erfolgt umgehend die Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die in Abstimmungsgesprächen zwischen der Verwaltung und den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe im AK 80 Kindertagesbetreuung ausgewählten, folgenden 6 Kindertageseinrichtungen neu zur Landesförderung als Familienzentren im Kindergartenjahr 2016/17 anzumelden:

- Kita Meister-Gerhard-Straße 9-11, Träger: Katholische Kirchengemeinde Herz Jesu, Stadtteil Neustadt/Süd
- Kita Hermann-Löns-Straße 24, Träger: KölnKitas gGmbH, Stadtteil Elsdorf
- Kita Taunusplatz 11, Träger: Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH, Stadtteil Humboldt/Gremberg
- Kita Grevenstraße 28, Träger: Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH, Stadtteil Ostheim
- Kita Kieskauler Weg 142, Träger: Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH, Stadtteil Merheim
- Kita Kopernikusstraße 44, Träger: Mitra bilinguale Kindergärten gGmbH, Stadtteil Buchforst.

Das Gesamtangebot an landesseitig geförderten Familienzentren in Köln steigt damit auf insgesamt 120 im Kindergartenjahr 2016/17.

#### **Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

*Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

### **3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen**

#### **3.1 Neuanlage des Spielplatzes Astrid-Lindgren-Allee in Köln-Brück 3152/2015**

**Frau Dr. Butterwegge** fragt nach, wann mit einem Baubeginn und der Fertigstellung zu rechnen sei.

**Frau Baars** antwortet, dass alle Voraussetzungen geschaffen seien. Es könne bald mit dem Bau begonnen werden, aber den konkreten Termin könne sie ad hoc nicht nennen.



### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - empfiehlt der Bezirksvertretung Kalk (BV 8), folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016, die Neuanlage des Spielplatzes Astrid-Lindgren-Allee in Köln-Brück mit Gesamtkosten in Höhe von 367.000 Euro durchzuführen.

Die zur Umsetzung erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen) unter der Finanzstelle 5100-0604-0-2002, Spielplätze zur Verfügung.

### **Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

*Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

## **4 Beschlussempfehlungen an den Rat**

### **4.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" hier: 2. Folgebericht -Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020 0990/2016**

Mangels Wortbeiträgen erfolgt umgehend die Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat begrüßt den 2. Folgebericht zum Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ und nimmt diesen zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Prioritäten zu setzen und die Einzelmaßnahmen – soweit erforderlich – den zuständigen politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Der nächste Folgebericht über die Umsetzung ist den politischen Gremien in 2021 vorzulegen.

Darüber hinaus sind der Ausschuss Soziales und Senioren und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und gegebenenfalls weitere Fachausschüsse des Rates und die Bezirksvertretungen durch die regelmäßige Berichterstattung der Behindertenbeauftragten über wichtige Entwicklungen und Zwischenergebnisse zeitnah zu informieren.

### **Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

*Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

#### **4.2 Änderung der Satzung über die Elternbeiträge zur Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen zum 01. August 2016 1661/2016**

**(vorgezogen: siehe hinter TOP 1.3)**

#### **4.3 Qualitätsoffensive in allen kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadt Köln 1493/2015**

**Herr Pannes** erklärt, dass es zentral um Qualitätsmanagement ginge. Hinsichtlich der Zielsetzung sei dies zu begrüßen, allerdings kollidieren viele Methoden mit den Zielen der Träger, Kundinnen und Kunden sowie Auftraggeberinnen und Auftraggeber. Man müsse sich an Finnland orientieren; hier sei die Schulaufsicht völlig abgeschafft worden. Als Folge sei im pädagogischen Bereich keine negative Entwicklung feststellbar gewesen. Einen noch größeren Effekt auf die Qualität haben die Erweiterung der Fortbildung und die Kooperationsförderung.

Man solle sich das hier geplante Verfahren ersparen. Es koste unverhältnismäßig viel Geld und der dem gegenüberstehende Effekt sei mäßig. Dieses Verfahren solle deswegen nochmal auf den Prüfstand gestellt werden.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung einer Qualitätsoffensive im Amt für Kinder, Jugend und Familie zur Qualitätssicherung und Evaluation in allen kommunalen Kindertageseinrichtungen mit einem Auftragsvolumen von 1.247.400,00 Euro im Zeitraum 2016-2022.

Die Voraussetzungen nach § 82 GO NW (vorläufige Haushaltsführung) sind erfüllt aufgrund rechtlicher Verpflichtung.



### **Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporthaus Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

#### *Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

### **4.4 Überplanmäßiger Mehrbedarf im Teilergebnisplan 0606 – Hilfe für junge Menschen und ihre Familien; Haushaltsjahr 2015 0695/2016**

Mangels Wortbeiträgen erfolgt umgehend die Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die überplanmäßige Bereitstellung konsumtiver Mehraufwendungen für den Bereich Wirtschaftliche Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2015 im Teilergebnisplan 0606 - Hilfe für junge Menschen und ihre Familien, in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in Höhe von 8.140.000 Euro.

Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2015 aus Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0301 – Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen.

### **Abstimmungsergebnis:**

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporthaus Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

**Einstimmig zugestimmt.**

#### *Anmerkungen:*

*Herr Herkenhoener und seine Vertreterin Frau Braun (BDKJ) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

**4.5 Einrichtung einer Jugendeinrichtung im Clouth-Quartier in Köln-Nippes in Trägerschaft der Jugendzentren gGmbH sowie Zusetzung von Mitteln zur Förderung 1 zusätzlichen Personalstelle für den Kölner Spielwerkstatt e.V. ab 2018  
1969/2016**

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie –[vertagt](#) die Beratung gemäß Diskussion vor Eintritt in die Tagesordnung auf die nächste Sitzung am 13.09.2016.

**5 Anträge aus der Politik (schriftlich)**

**5.1 Frühere Anträge**

Unbehandelte Anträge aus der Politik liegen nicht vor.

**5.2 Neue Anträge**

Auch neue Anträge, die keinem der heutigen Tagesordnungspunkte zuzuordnen sind, wurden nicht gestellt.

**6 Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe (schriftlich)**

**6.1 Frühere Anfragen**

**6.1.1 Bekämpfung von Kinderarmut  
AN/0475/2016**

**zu 6.1.1 Bekämpfung von Kinderarmut  
1132/2016**

Die Anfrage der SPD-Fraktion und ihre Beantwortung werden zur Kenntnis genommen.

**Frau Schmerbach** bedankt sich für die ausführliche Beantwortung. Die Verwaltung plane anscheinend weitere Maßnahmen zur Minimierung von Kinderarmut. Sie regt eine wissenschaftliche Begleitung dieser Maßnahmen an. Außerdem bittet sie um eine kurze Berichterstattung in einem halben Jahr.

Zudem solle die Beantwortung der Anfrage auch dem Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnisnahme zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Bergmann** sagt, dass er in der Beantwortung den Bezug zum Rahmenkonzept "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" vermisse. Er würde es begrüßen, wenn die Verwaltung bei der Überprüfung ihrer Maßnahmen dieses Handlungskonzept berücksichtigte.

**Herr Richrath** fragt, ob sich die anfänglich dargestellten Armutsquoten auf die Gesamtbevölkerung beziehen und ob bei der Kinderarmutsquote ausschließlich Kinder berücksichtigt seien, die in SGBII Bedarfsgemeinschaften leben.

**Herr Pfeuffer** bestätigt diese Annahme. Man verwende am Anfang eine Armutskennziffer, die auch auf EU-, Bundes- und Landesebene Verwendung finde. 60 Prozent seien eine gängige Armutsschwelle. Später stelle man auf SGB II-Quoten ab, was gerade im Bereich der Kinderarmut üblich sei. Der Vorteil dieser Art der Datenerhebung sei es, dass diese das Kölner Stadtgebiet kleinräumiger und untergliedert nach Altersgrenzen abbilde.

#### **6.1.2 Gastfamilien-Programm der Stadt Köln: Wo hakt es noch? AN/0785/2016**

##### **zu 6.1.2 Anfrage der Piratengruppe zum Gastfamilienprogramm für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) 2017/2016**

Die Beantwortung der Anfrage der Piratengruppe wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

#### **6.1.3 Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Pflege- und Gastfamilien AN/0796/2016**

##### **zu 6.1.3 Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Pflege- und Gastfamilien 1936/2016**

Die Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

## **6.2 Neue Anfragen**

### **6.2.1 Anpassung der Elternbeiträge für die Kindertagesstätten AN/1083/2016**

#### **zu 6.2.1 Anpassung der Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen und OGTS 2099/2016**

Die vor Sitzungsbeginn als **Tischvorlage** ausgeteilte Beantwortung liegt der Niederschrift nochmals als **Anlage 2** bei. Die Anfrage der FDP-Fraktion und ihre Beantwortung werden zur Kenntnis genommen.

**Frau Laufenberg** erläutert, dass die Anfrage mit dem Ziel gestellt worden sei, die Beitragsstaffelung nochmals zu überprüfen. Es gehe um eine sozialverträgliche Gestaltung. Sie wünscht sich, dass dieser Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung nochmals behandelt wird. Sie habe aber bereits heute eine Nachfrage zur Seite 2: in der Anfrage habe man bewusst die Formulierung der beitragspflichtigen Kinder verwendet. Wenn die beitragsfreien Kinder in der Beantwortung der Anfrage beinhaltet seien, dann verfälsche dies die Ergebnisse. In diesem Fall bitte sie um eine Korrektur bis zur nächsten Sitzung.

### **6.2.2 Starke Menschen – starke Veedel AN/1124/2016**

#### **zu 6.2.2 Starke Menschen - starke Veedel 2164/2016**

Die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und ihre Beantwortung werden zur Kenntnis genommen. Die vor Sitzungsbeginn als **Tischvorlage** ausgeteilte Beantwortung liegt der Niederschrift nochmals als **Anlage 3** bei.

**Frau Jahn** ist der Punkt 3 negativ aufgefallen. Es gebe immer noch kein integriertes Handlungskonzept. Man könne mit den Programmen und den Maßnahmen noch nicht loslegen. Für die weitere Finanzplanung sei von Bedeutung, ob Projekte wie die „Stadtteilmütter Mülheim“ weiter über Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert werden können. Gegebenenfalls bestehe die Möglichkeit, bestimmte Projekte frühzeitiger in die Förderung zu geben. Es gehe hier letztlich um viele Millionen Euro; man müsse deswegen präzise arbeiten.

**Herr Klausning** fragt ebenfalls nach, ob das Stadtteilmütter-Projekt theoretisch und praktisch, über Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierbar sei.

**Herr Bergmann** wirft die Frage auf, ob auch Einzelprojekte grundsätzlich antragsfähig seien. Die Stadtteilmütter seien hier exemplarisch. Dies sollte genauer geprüft werden.

**Herr Pöttgen** ergänzt, ob es möglich sei, das Projekt „Stadtteilmütter Mülheim“ am 01. Januar 2017 nahtlos übergehen zu lassen. Es bringe nichts, wenn man die dort eingesetzten Kolleginnen nun in die Arbeitslosigkeit entlassen würde, um dann bei einer eventuellen Fortführung kurzfristig neues Personal suchen zu müssen.

**Frau Quilling** findet, dass das Projekt prioritär und unbedingt umgesetzt werden müsse. Der Sinn des integrierten Handlungskonzepts (IHK) sei es gewesen, ein Gesamtpaket zu verabschieden. Man dürfe jetzt nicht anfangen, einzelne Projekte herauszugreifen. Sie habe den Eindruck, dass dieses Konzept auseinandergepflückt werde. Man könne der ursprünglichen Zielsetzung aufgrund dessen nicht mehr folgen.

**Frau Beigeordnete Dr. Klein** erklärt, dass die Beantragung der Mittel eine sehr komplexe Angelegenheit sei. Das Stadtteilmütter-Projekt sei abgesichert bis Ende 2016. Das Programm "Starke Veedel – Starkes Köln" solle daran anschließen. Eine nahtlose Fortführung des Projektes sei hingegen schwer zu garantieren.

**Herr Pfeuffer** ergänzt, dass für alle Sozialraumgebiete „Stadtteilmütter“-Konzepte vorgesehen sind. Das Projekt sei innovativ mit einer Bildungsberatung verknüpft worden. Er sei voller Hoffnung, dass diese Projekte deshalb nicht als „alter Hut“ eingeordnet werden.

Ob es im Detail so weitergeführt werden kann, wie es in Mülheim der Fall ist, sei nicht absehbar. Eine Garantie für die Fortführung sei nicht möglich.

**Herr Klausung** sagt, dass, wenn der politische Wille zur Fortsetzung vorhanden sei, die Verwaltung auf eine Finanzierung über das IHK hinwirken solle.

**Frau Jahn** bittet die Verwaltung herauszuarbeiten, welche Projekte über den Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert werden können und welche nicht.

### **6.2.3 Situation des Minderjährigenschutzes in Notunterkünften AN/1133/2016**

Zu dieser Anfrage liegt noch keine Antwort vor. Sie wird daher auf die Sitzung am 13.09.2016 [vertagt](#).

### **6.2.4 Bolzplatz Bocklemünd/Mengenich AN/1128/2016**

Zu dieser Anfrage liegt noch keine Antwort vor. Sie wird daher auf die Sitzung am 13.09.2016 [vertagt](#).

## **7 Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe (mündlich)**

### **7.1 Frühere Anfragen**

#### **7.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Richrath aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.03.2016 (Top 2.2) 1739/2016**

Die Beantwortung einer Frage der CDU-Fraktion aus der Sitzung 08.03.2016 wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

#### **7.1.2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses zum Top 3.11 Handlungskonzept pathologisches Glücksspiel (0586/2016) 1742/2016**

Die Beantwortung von Fragen der CDU-Fraktion und des JAEB aus der Sitzung 08.03.2016 wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

#### **7.1.3 Aufstellung über Streetwork in freier Trägerschaft 2035/2016**

Die Beantwortung einer Frage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen i.R.d. TOP 3.16 der Sitzung 26.04.2016 wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

### **7.2 Neue Anfragen**

Neue Anfragen werden nicht gestellt.

## **8 Mitteilungen der Verwaltung**

### **8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses**

#### **8.1.1 Neue Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss 2037/2016**

Die Mitteilung wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

### **8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung**

#### **8.2.1 Neue Familienzentren im Kindergartenjahr 2016/17 (Vorlage 1097/2016): VORGEZOGEN AUF 2.3.6**

Die Beratung dieser Vorlage erfolgte unter TOP 2.3.6.

**8.2.2 Trägerwechsel der Kindertageseinrichtung Finkenbergr von Deutsches Rotes Kreuz e.V. an Fröbel Bildung und Erziehung  
1916/2016**

Die Mitteilung wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste**

**8.3.1 Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP)  
1609/2016**

Die Mitteilung wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz**

**8.4.1 Präventionsprogramme der Stadt Köln "gegen gewaltbereiten Salafismus"  
1348/2016**

**Herr Klausung** fragt nach, welche Teile des Bundesprogramms in Köln umgesetzt werden und warum man nur 80.000 Euro erhalte.

**Herr Pannes** stellt fest, dass hier lediglich fünf Projekte im Rahmen dieses Programmes angesprochen werden. Insgesamt wirkten diese sehr schmalbrüstig. Unter Berücksichtigung der Dimensionen des Salafismus, werden diese Projekte wohl kaum etwas bewegen können. Er habe den Eindruck, dass das Geld falsch investiert werde, da mehr als die Hälfte der Projektmittel in eine externe Koordinierungs- und Fachstelle fließe.

**Frau Baars** entgegnet, dass man aktuell lediglich 80.000 Euro über das Bundesprojekt erhalten könne. Dies gelte aber für alle Städte gleichermaßen. Die Finanzierung der Koordinierungs- und Fachstelle sei eine Bedingung des Programms und erforderlich, um überhaupt Mittel zu bekommen. Die Verwaltung habe hierdurch die Möglichkeit, präventiv zu arbeiten.

Das Projekt „Wegweiser“ wirke hingegen im Sinne einer Intervention. Im besten Falle könne man beide Programme zusammenlegen. Dies sei aufgrund der unterschiedlichen Trägerschaften jedoch nicht möglich gewesen. Bezüglich des Projekts „Wegweiser“ bestehe der Eindruck, dass es nicht gut angenommen werde. Dies sei zu beobachten, im Anschluss werde der Ausschuss informiert.

**Herr Klausung** bittet um eine schriftliche Beantwortung, welche Programmteile man in Köln aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ umsetze.

**Frau Baars** sagt, dass diese Übersicht in einer der letzten Sitzungen vorgelegen habe. Man werde in einer der nächsten Sitzungen berichten, was damit habe bewirkt

werden können. Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ sehe ohnehin eine Evaluation vor, um die Wirkung des Programms zu überprüfen.

**Frau Beigeordnete Dr. Klein** erklärt, dass „Wegweiser“ ein Projekt des Innenministeriums sei und aktuell aus städtischer Sicht intensiv beobachtet werde. Man müsse sich zunächst ein Bild machen; infolgedessen werde man die Ergebnisse im Ausschuss vorstellen. Wann dies genau geschehen werde, könne aktuell noch nicht abgesehen werden.

**Frau Blum-Maurice** möchte einen kurzen Hinweis aus der Praxis geben. Bei „Wegweiser“ handele es sich um zwei junge Mitarbeiter, die gerade dabei seien sich vorzustellen. Es sei wichtig, dass die beiden das Hilfenetzwerk miteingebunden und deren Angebot in Anspruch genommen werden.

**8.4.2 Trägerschaft Jugendeinrichtung im Stadtteil Kalk - Pavillon e.V.  
Trägerschaft Jugendprojekt Ostheim - Arbeiterwohlfahrt Kreisverband  
Köln e.V.  
1553/2016**

Die Mitteilung wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**8.4.3 Ferienspielaktionen des Mobilen Treffs "Juppi"  
1913/2016**

Die Mitteilung wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**8.5 Weitere Mitteilungen**

**8.5.1 Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates (AN/0847/2016) zur Sitzung des Rates am 10.05.2016: "Warum ist Köln Schlusslicht bei der Barrierefreiheit?"  
1607/2016**

Zur Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe im Rat, die dem Jugendhilfeausschuss ebenfalls zur Kenntnis gegeben wurde, gibt es keine Nachfragen.

**8.5.2 Unterstützung der Projektinitiative "klarkommen".  
1655/2016**

Die Mitteilung wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**8.5.3 Köln nimmt an Aktion "Stadtradeln" vom 05.09. bis 25.09.2016 teil  
1148/2016**

Die Mitteilung wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.



**8.5.4 8. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation  
1994/2016**

Die Mitteilung wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**8.5.5 Jahresbericht 2015 der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung  
der Stadt Köln  
1970/2016**

Die vor Sitzungsbeginn als **Tischvorlage** ausgeteilte Mitteilung liegt der Niederschrift nochmals als **Anlage 4** bei. Sie wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**8.5.6 Erstellen eines Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel -  
Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die  
neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landes-  
regierung "Starke Quartiere - starke Menschen"  
Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des  
ESF (2014-2010) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von  
Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Aus-  
grenzung  
2100/2016**

Die vor Sitzungsbeginn als **Tischvorlage** ausgeteilte Mitteilung liegt der Niederschrift nochmals als **Anlage 5** bei. Sie wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

Gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)  
Gez. Christopher Römer (Schriftführer)  
Gez. Petra Lohmann (stellv. Schriftführerin)